



Hamburg schafft die Energiewende

von Jutta Blankau

Als am 26. März letzten Jahres mehr als 50.000 Menschen durch die Hansestadt zogen, um gegen Atomkraft zu demonstrieren, war klar, dass sich die Energiepolitik in Deutschland fundamental verändern würde. Nicht nur, weil Hamburg die größte Demonstration seit Jahrzehnten erlebte, sondern vielmehr, weil die furchtbare Katastrophe von Fukushima 14 Tage zuvor die energiepolitischen Vorstellungen der Schwarz-Gelben Bundesregierung ad absurdum geführt hatte. Es war der „Spiegel“, der am Tag nach der Katastrophe das Bild des explodierenden Reaktors mit den Worten „Das Ende des Atomzeitalters“ übertitelte.

Die Schwarz-Gelbe Bundesregierung hatte im Sommer 2010 den von Rot-Grün geschlossenen Atomkonsens aufgekündigt und den Ausstieg aus dem Atomausstieg beschlossen. Doch die nächste radikale Kehrtwende folgte gleich nach Fukushima. Die Kanzlerin revidierte ihre energiepolitischen Positionen, der Atomausstieg und die Energiewende wurden am 6. Juni durch das Kabinett, am 30. Juni durch den Deutschen Bundestag beschlossen.



© Magnus-Sebastian Kutz

Eine Entscheidung mit weitreichenden Folgen, die für Hamburg sowohl Erleichterung als auch Herausforderungen mit sich brachte. Erleichterung, weil die beiden Pannereaktoren Brunsbüttel und Krümmel nach diesem Beschluss für immer vom Netz gehen sollten; Herausforderungen, weil auch Hamburg die Energiewende schnell und substanziell umsetzen muss.

Ein Baustein bei der Umsetzung der Energiewende sind die Energienetze – deswegen hat die SPD bereits Ende 2010 den Erwerb eines strategischen Anteils von 25,1% an den Hamburger Energienetzen beschlossen. Ein Vorschlag, der später auch Teil des Regierungsprogramms wurde.

Die Volksinitiative „Unser Hamburg – unser Netz“ hat auf dem Höhepunkt der Diskussion um den Atomausstieg im Juni 2011 ein erfolgreiches Volksbegehren initiiert und fordert den vollständigen Rückkauf der Energienetze. Ein finanziell und rechtlich nicht verantwortbares Vorhaben, dass sich lange hinziehen kann. Der Senat hat dagegen direkt gehandelt: Nach nur viermonatigen Verhandlungen wurde eine Kooperationsvereinbarung mit den Energieversorgungsunternehmen geschlossen und ein Konzept vorgelegt, mit dem Hamburg beispielhaft die Energiewende einleitet.

Für die Energiewende müssen wir die Erzeugungsstruktur grundlegend umbauen. Atomstrom muss zukünftig durch andere Energieträger – insbesondere erneuerbare Energien wie Windenergie – ersetzt werden.

Wind- und Solarenergie werden immer wichtiger für die Energieversorgung, Trotzdem brauchen wir flexibel arbeitende Kraftwerke als Ergänzung, die – vorzugsweise auf Erdgas-Basis – die nötige Restenergie bereitstellen können. Gerade diese Flexibilität der Kraftwerke ist wichtig, da Wind nicht gleichmäßig weht und Sonne nicht immer scheint. Genau dann sollen diese Kraftwerke kurzfristig einspringen können. Das bedeutet Versorgungssicherheit für Privathaushalte, Unternehmen und die energieintensive Industrie.

Diese Investitionen geht Hamburg jetzt aktiv an. In der Kooperationsvereinbarung haben sich die Partner nicht nur auf gemeinsame Ziele einer gemeinwohlorientierten Energieversorgung und die Umsetzung der Energiewende verpflichtet. Es wurde auch ein Investitionsprogramm in Höhe von 1,6Mrd. Euro verabschiedet, mit dem in den kommenden sechs Jahren diese Ziele umgesetzt werden. Vattenfall investiert 550 Millionen Euro im Wärmebereich und 960 Millionen ins Stromnetz, die E.ON-Gruppe insgesamt 120 Millionen Euro.



Der wichtigste Teil dieser Vereinbarung betrifft die Fernwärmeversorgung in Hamburg. Derzeit werden die Haushalte im Fernwärmenetz von Vattenfall noch durch das über 40 Jahre alte Kohlekraftwerk in Wedel mit Wärme versorgt, das durch eine Fernwärmetrasse vom

neuen, emissionsärmeren, aber ebenfalls mit Kohle betriebenen Kraftwerk Moorburg ersetzt werden sollte.

Die Pläne haben sich geändert: Es wurde vereinbart, statt der Fernwärmetrasse nach Moorburg ein Innovationskraftwerk zu bauen. Dieses Gas- und Dampfkraftwerk (GuD) wird zusätzlich mit einem Energiespeicher ausgestattet, der die Umwandlung von überschüssiger Windenergie in Wärme ermöglicht, während E.ON die dezentrale Erzeugung durch 180 Blockheizkraftwerke erweitert. Gleichzeitig wird die Fernwärmeversorgung deutlich ausgebaut: von heute 440.000 Wohneinheiten auf zukünftig 525.000 Wohneinheiten im Jahr 2025.

Die Ergebnisse im Klimaschutz können sich sehen lassen. So sollen bei der E.ON-Hanse-Gruppe in den betrieblichen Prozessen bis 2015 die CO₂-Emissionen um ca. 15% gegenüber 2008 reduziert werden, bei Vattenfall Fernwärme werden sich die Emissionen des heutigen Erzeugungsportfolios voraussichtlich um rund 27% bis 2020 verringern.

Hamburg wird auch bei Energiespeichern zur Modellregion: „Grüne Wärme“ bedeutet, dass Wind zu Wärme umgewandelt und gespeichert wird. Ein erster Wärmespeicher wird am Standort Tiefstack realisiert, das Netz von E.ON als regenerativer Energiespeicher genutzt. Die Speicherung der Leistung eines größeren Windparks für 10 Stunden wird so möglich. Überdies werden „Power-to-Gas“-Technologien eingeführt und weiter entwickelt, um regenerativen Strom in Wasserstoff umzuwandeln.

Die Vereinbarung leitet also einen fundamentalen Wandel der Hamburger Energiepolitik ein, weil sie dem Senat echten Einfluss auf die Brennstoffauswahl zusichert. Der reine Kauf des Netzes hätte keinen Einfluss auf die Energiepolitik. Die Strom- und Gasnetze

Neue Gesprächsreihe für unsere Mitglieder der SPD Hamburg
NAHDRAN
Der Talk am Sonntag um 11 Uhr

NAHDRAN
Der Talk am Sonntag

Die ersten drei Termine:

12. Februar
Mit Senator Ties Rabe
Moderation: Lars Holster

15. April
Mit Senatorin Jutta Blankau
Moderation: Inka Damerou

17. Juni
Mit Senator Dr. Peter Tschentscher
Moderation: Dr. Joachim Seeler



Liebe Genossinnen und Genossen,

seit der letzten Bürgerschaftswahl ist nun schon ein Jahr vergangen. Wir sind mit klaren Aussagen in den politischen Wettbewerb gestartet. Und wir haben stets deutlich gemacht, dass es vor allem um das Machbare und nicht um das Wünschenswerte geht. Die Bürgerinnen und Bürger finden diesen Kurs gut.

Dass wir auf dem richtigen Weg sind, zeigen auch die jüngsten Meinungsumfragen. Und das ist ein Ansporn, das von uns vorgelegte Arbeitsprogramm weiterhin Stück für Stück umzusetzen, so wie wir es beschlossen haben.

Wir werden weiter verantwortungsvoll mit dem Geld der Hamburgerinnen und Hamburger umgehen und immer wieder neu entscheiden, wo wir in die Zukunft der Stadt investieren – und auch darüber, was künftig verzichtbar ist. Wir werden weiter Wohnungen genehmigen und bauen, damit ausreichend bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht. Und wir setzen uns ein für die Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt, indem wir Krippen, Kindergärten, Grundschulen und Ganztagschulen ausbauen und den Übergang von der Schule in den Beruf neu organisieren.

Den Beitrag Hamburgs zur Energiewende in Deutschland hat der Senat kürzlich vorgestellt. Wir wollen weit mehr als nur den anteiligen Besitz von Energienetzen. Unser Anspruch ist ein nachhaltiges, bezahlbares Gesamtkonzept. Nur durch eine strategische Beteiligung an den Netzen können wir tatsächlich energiepolitisch etwas bewirken und zusätzlich Investitionen sichern, die z. B. die Speicherung der erneuerbaren Energien auch ermöglichen – denn die Nachfrage nach Strom richtet sich nicht nach dem Wetterbericht. Moderne Umweltpolitik hat viel mit der Förderung von technischen Innovationen zu tun. Hamburg will Vorreiter und bestes Beispiel dafür sein, dass eine gesunde Umwelt und der schonende Umgang mit den natürlichen Ressourcen Voraussetzungen für eine langfristig stabile wirtschaftliche und soziale Entwicklung sind.

Euer

Olaf Scholz

Fortsetzung von Seite 1

sind durchreguliert und die Eigner sind dazu verpflichtet, Energie durchzuleiten – ganz gleich, wer sie mit welchem Energieträger produziert.

Gleichzeitig hat das Modell des Senats auch auf der finanziellen und rechtlichen Seite klare Vorteile. Der Senat zahlt für diesen Anteil von 25,1% 543,5 Millionen Euro – gegenüber einem Kaufpreis von deutlich über zwei Milliarden Euro für eine 100%-Beteiligung. Die Endschaftsregelungen in den bestehenden Konzessionsverträgen würden zudem voraussichtlich zu einer deutlich höheren finanziellen Verpflichtung für die Stadt führen, als es sich aus den jetzt verhandelten Kaufpreisen für rechnerische 100% der Anteile ergibt. Dazu kämen noch weitere Kreditaufnahmen, um die anstehenden Investitionen zu finanzieren.

Durch Erwerb eines strategischen Anteils von 25,1% an den Netzgesellschaften kann die Stadt ihre Handlungsfähigkeit deutlich und substanziell ausweiten. Sie bekommt eine starke Gesellschafterstellung, einen paritätisch besetzten Aufsichtsrat und Mitentscheidungsrechte über die Investitionsplanungen der Gesellschaften. Dabei haben die Unternehmen Hamburg materiell deutlich mehr als die typischen Minderheitsgesellschafterrechte eingeräumt. Die Finanzierung wird über die jährliche Zahlung einer Garantiedividende gesichert ohne weitergehende Risiken zu tragen. Eine solche Begrenzung des unternehmerischen Risikos ist

nur im Kooperationsmodell möglich.

Darüber hinaus wurden für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Mitbestimmung sowie Sozialstandards gesichert und über die Investitionsverpflichtungen eine Zukunftsperspektive für die Arbeitsplätze eröffnet.

Würde man sich – wie von der Volksinitiative vorgeschlagen – verpflichten, die Netze vollständig zu übernehmen, entstünde eine längere Phase von Unsicherheit. Diese Unsicherheit würde die Investitionen in die innovativen energiepolitischen Projekte um Jahre verzögern. Wir wollen die Hamburgerinnen und Hamburger vom Modell des Senats überzeugen. Deswegen ist bei der Ausarbeitung der Konsortial- und Beteiligungsverträge darauf geachtet worden, dass ein Volksentscheid in keiner Weise präjudiziert wird: Sollte der Volksentscheid erfolgreich sein, hat die Stadt ein Rücktrittsrecht.

Die Zustimmung zum Senatsmodell ist bereits groß: Laut einer aktuellen Umfrage des NDR sind insgesamt nur 17% der Hamburgerinnen und Hamburger gegen einen Rückkauf der Netze, 31% befürworten den vollständigen Erwerb, 43% halten das Senatsmodell für die beste Lösung. Das ist kein Wunder – denn die Senatslösung verbindet verantwortungsvoll ein substanzielles energiepolitisches Konzept mit einer tragfähigen finanziellen Lösung. Lasst uns jetzt gemeinsam die Unentschlossenen von diesem Ergebnis überzeugen.

Europa aktuell

„Ungarns Ehre verteidigen“



umstrittenen Verfassungs- und Gesetzesänderungen debattiert und Orbán lud sich selber ein, um seine Politik zu erklären. Im Plenum blies ihm ein scharfer Wind entgegen, denn viele demokratische Werte sind in Ungarn über Bord gegangen.

Nach dem umstrittenen Mediengesetz vom letzten Jahr soll nun die Unabhängigkeit der ungarischen Zentralbank, der Justiz und des Datenschutzbeauftragten eingeschränkt werden. Ein Kirchengesetz wurde erlassen, in dem nicht mehr, sondern weniger Pluralität in Ungarn geschaffen wurde. Ungarische Journalistenverbände, die ungarische Opposition und immer wieder Tausende auf den Straßen haben gegen diese Politik demonstriert. Eines steht fest, so wie Ungarn heute regiert wird, so wie

Er müsse Ungarns Ehre gegen Angriffe der europäischen Linken in Straßburg verteidigen. Das sagte Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán seinen Landsleuten, bevor er im Januar nach Straßburg reiste. Auf Initiative der sozialdemokratischen Fraktion wurden die

seine Verfassung heute aussieht, würde es niemals die Kopenhagener Kriterien erfüllen und in die EU aufgenommen werden. Grund genug für die Europäische Kommission, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn einzuleiten. Auch im Europäischen Parlament haben Sozialdemokraten, Linke, Liberale und Grüne klare Worte gefunden.

Wir sind nicht bereit widerstandslos hinzunehmen, dass in einem Land der Europäischen Union demokratische Grundrechte missachtet werden. Die EU ist eine Wertegemeinschaft und das Parlament muss darauf achten, dass unsere fundamentalen Grundwerte gerade innerhalb der eigenen Grenzen gelten. Wie sollen wir sonst überzeugend mit Vertretern osteuropäischer Länder über Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sprechen.

Umso bedauerlicher war es, dass die Konservativen und Christdemokraten Viktor Orbán lieber Beifall klatschten als kritische Anmerkungen zu machen. Und das nur, weil es sich um einen Parteifreund handelt, der stellvertretender Vorsitzender ihrer europäischen Volkspartei ist. Ich weiß nicht, was der größere Skandal ist: die Abschaffung und Einschränkung von demokratischen Rechten in Ungarn oder das feige, wenn auch leise Klatschen der deutschen CDU zu diesen Vorgängen.

Berlin direkt

von Ingo Egloff

Euro und kein Ende?

Das neue Jahr begann, wie das alte endete – mit Diskussionen über die Krise in der Eurozone.

Die Konjunkturforscher prognostizieren für 2012 ein Wachstum von 0,7 Prozent, wobei sie für die zweite Hälfte des Jahres von über 2 Prozent ausgehen, allerdings nur dann, wenn die Eurokrise beendet wird. Nun mussten wir zum Jahresanfang feststellen, dass Frankreich im Rating gefallen ist. Anscheinend interessiert das die Märkte zur Zeit nicht, da Frankreich sich am internationalen Finanzmarkt vergleichsweise günstig refinanzieren kann. Auch Italien und Spanien ist es gelungen, Staatsanleihen zu relativ guten Konditionen zu platzieren – das lässt hoffen. Allerdings sind im ersten Quartal Staatsanleihen in einer Größenordnung von 160 Milliarden Euro umzuschulden. Es bleibt die weitere Marktentwicklung abzuwarten.

Nach Aussage der Konjunkturforscher ist das viel größere Problem die Refinanzierung der Banken – und damit ihre mangelnde Bereitschaft, Geld zu verleihen. Hier ist ähnlich wie 2008 nach der Lehman-Pleite zu sehen, dass der Interbankenmarkt nicht funktioniert, mit erheblichen Auswirkungen auf die Investitionen der Realwirtschaft! Wenn nicht investiert wird, kann Deutschland seine Anlagen und Güter nicht auf den internationalen Markt bringen. Ein Exporteinbruch würde die Hamburger Wirtschaft über den Hafen sofort treffen. Für die USA wird ein unterdurchschnittliches Wachstum erwartet, und auch die weitere Entwicklung auf den asiatischen Märkten ist abzuwarten.

Es bleibt also spannend. Nach wie vor steht die Regulierung der Finanzmärkte an. Die Finanztransaktionssteuer ist dabei nur ein Baustein. Mal sehen, ob die Kanzlerin sich



durchsetzt oder die FDP. Für die Binnen- nachfrage wird entscheidend sein, wie die im Frühjahr anstehenden Tarifverhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie ausgehen, die immer Signalwirkung auch für andere Branchen haben. Denn unter Berücksichtigung der Inflation haben die Arbeitnehmer Reallohnverluste gehabt. Im Konsumverhalten hat man das bisher nicht gemerkt, weil viele Menschen an ihre Spargroschen gegangen sind. Gerade deshalb tut jetzt ein kräftiges Plus in der Lohntüte not.

Termine

2.–18. Februar

„Volk auf dem Weg“

Ausstellung über die Geschichte und Gegenwart der Russlanddeutschen
Rahlstedt Arcaden | Wariner Weg 1

5. Februar, 11 Uhr

Rote Matinée

mit **Carola Veit**, Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft
Gewerkschaftszentrum Bergedorf
Serrahnstraße 1

7. Februar, 18 Uhr

Schwusos Hamburg:

Neujahrsgespräch 2012

Kurt-Schumacher-Haus

Kurt-Schumacher-Allee 10

9. Februar, 18 Uhr

Forum Internationale Politik

Die Lage in Nordafrika – was kommt nach dem nordafrikanischen Frühling?
Julius-Leber-Forum (FES)
Rathausmarkt 5

12. Februar, 11 Uhr

NAH DRAN Der Talk am Sonntag

mit **Ties Rabe** | Kurt-Schumacher-Haus
Kurt-Schumacher-Allee 10

13. Februar, 19.30 Uhr

„Wohlstand oder Wachstum“

Über Kosten und Nutzen von Wachstum
Diskussionsveranstaltung mit
Prof. Dr. Klaus Dörre, Universität Jena
Ulrike Meyer-Timpe, Journalistin
Ulrich Kelber, SPD-Bundestagsabgeordneter

Milan Pein, Vorsitzender SPD Eimsbüttel
Logensaal der Hamburger
Kammerspiele | Hartungstraße 9–11

21. Februar, 19.30 Uhr

OLAF SCHOLZ IM GESPRÄCH

in Bergedorf

Lichtwarkhaus | Holzhude 1

22. Februar, 19 Uhr

„Senatoren vor Ort“

mit **Detlef Scheele**

Bildungszentrum Steilshoop

Gropiusring 43

Weitere Termine im Internet:

www.spd-hamburg.de/termine

**Fragen? Sorgen?
Probleme?**

Wir sind für Sie da!

Das SPD-Bürgerbüro

Kurt-Schumacher-Allee 10

20097 Hamburg

Tel.: 28 08 48 32

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
jeweils 14–16 Uhr

Erinnerungen an Walter Tormin

Er starb mit 88 Jahren am 4. Dezember 2011

von Helga Kutz-Bauer

Noch am 30. November war Walter einer der Ehrengäste von Olaf Scholz anlässlich seiner 65-jährigen Mitgliedschaft in der Partei. Nur zwei Tage später erlitt er einen Sturz, der tödlich war.

„Für Freiheit und Demokratie“, der Titel des Buches, an dem Walter Tormin wesentlichen Anteil hatte, war auch Motto seines Lebens nach dem Kriegsende 1945. Er und der Arbeitskreis Geschichte/AvS erhielten für die Erforschung der Lebenswege von Hamburger Sozialdemokraten in Verfolgung und Widerstand den Wilhelm-Dröscher-Preis.

Walter gehörte zu der Generation, die nach dem Schrecken der Nazizeit und des Krieges ihren Weg und ihre Ideale neu finden musste. Walter fand sie: Sein Schulfreund Oswald Paulig nahm ihn mit zum SDS und schon 1946 trat der 23-jährige in die SPD ein. Dort fand er den lebenslangen Freundeskreis Helmut Schmidt, Willi Berkhan, Hans-Erich Schult und Peter Schulz. Walter studierte unter den Bedingungen der Zeit: Hunger, Kälte, Not. Schon 1952 promovierte er bei dem Historiker Fritz Fischer mit einer Arbeit über die Rätebewegung, später erschien seine Publikation über die Weimarer Republik, beide Bücher erregten bundesweit Aufsehen.

Walter war ein leidenschaftlicher Kämpfer für die Demokratie – als Bürgerschaftsabgeordneter setzte er sich für



die staatsbürgerliche Bildung und eine demokratische Hochschule ein, als erster Leiter der Landeszentrale für politische Bildung setzte er Maßstäbe.

Es ist nicht möglich, seine vielen Publikationen zur Geschichte hier aufzuführen. Es sei jedoch besonders hingewiesen auf das Buch über den politischen Neuaufbau in Hamburg 1945/46: „Der schwere Weg zur Demokratie“, Hrsg. Landeszentrale für politische Bildung, und die Publikation: „Die Geschichte der SPD in Hamburg 1945 bis 1950.“ In jahrelanger Recherche und Archivarbeit hat er die Geschichte des Neuanfangs in Hamburg für die Nachkommen mit der ihm eigenen Gewissenhaftigkeit erarbeitet. Walter Tormin hat unserer Partei mit seinen Büchern ein Denkmal gesetzt – und damit auch sich selbst, deshalb bleibt er unvergessen!

Wir trauern um Otto Pieplow

31. Januar 1915 – 19. Januar 2012

Mit großer Trauer erfüllt uns der Tod von Otto Pieplow. Mit Otto Pieplow verlieren wir einen mutigen, stolzen, humorvollen und lebensfrohen Menschen. Er war einer unserer langjährigsten und ältesten Mitglieder.

Otto entschied sich im Januar 1930 Mitglied der SPD Hamburg und der Gewerkschaft zu werden – ein offenes Bekenntnis gegen die beginnende Nazi-Herrschaft. Der junge Feinmechaniker konnte zwar der Kriegsfront entgehen, es blieben jedoch bis ins hohe Alter schmerzhaft Erinnerungen an den Nationalsozialismus, die er eindrucksvoll zu berichten wusste.

Nach dem Krieg lernte er seine Frau kennen. Mit ihr verbrachte er eine glückliche Ehe und verehrte sie noch nach ihrem Tod als „klügste und schönste Frau“.

Verdient machte er sich nicht nur in der SPD und in der Gewerkschaft, wo er jahrelang als Sekretär tätig

war, sondern vor allem beim S.C. Hansa 11 e.V. auf St. Pauli, seinem Sportverein. Noch während des Krieges wurde er 1943 Vereinsvorsitzender. Nach dem Krieg half er beim Wiederaufbau des Vereins. Legendar ist dabei, wie Otto neue Trikots für den Verein nähte, und zwar aus den alten Fahnen der Nazis. Diese und viele andere beeindruckende Lebenserfahrungen von Otto werden uns fehlen.

Er starb 97-jährig und bleibt uns unvergessen. Wir trauern mit seinem Sohn, seinen Freunden und seinem Distrikt St. Pauli Nord.



Impressum

Herausgeber

SPD-Landesorganisation
Hamburg

V.i.S.d.P.

Karin Timmermann

Redaktion

Lars Balcke

Redaktionsschluss für
die kommende Ausgabe
18. Februar 2012

Anschrift

Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg